

# Euro-Reform-Monitor

Reformpolitik  
und Haushaltssanierung  
unter der Lupe

2016



DIHK

AHK

Deutsche  
Auslandshandelskammern

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:  
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte  
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:  
Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles  
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

Redaktion Dr. Dirk Schlotböller, [schlotboeller.dirk@dihk.de](mailto:schlotboeller.dirk@dihk.de)  
Dr. Ilja Nothnagel, [nothnagel.ilja@dihk.de](mailto:nothnagel.ilja@dihk.de)

Stand September 2016

# Euro-Reform-Monitor

Die Eurozone befindet sich aktuell noch in einer Phase der Reformrendite. Die Euro-Staaten haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, viele wirtschaftsstärkende Reformen umgesetzt und ihre staatlichen Ausgaben eingedämmt. Hier zeigt sich ein wirtschaftliches Erfolgsmuster: Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit belebt die Exporte, das zieht höhere Investitionen und Beschäftigung nach sich. In der Folge legen dann auch die Konsumausgaben wieder zu.

Einige Länder stehen heute sogar deutlich besser da, als vor der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009. In Irland liegt die Wirtschaft bereits knapp 40 Prozent über Vorkrisenniveau. Auch in Frankreich liegt die wirtschaftliche Tätigkeit und die Beschäftigung höher als damals, freilich war hier der Rückgang auch nicht so stark wie anderswo. Die griechische Leistungsbilanz ist ebenso wie die portugiesische und die französische mittlerweile ausgeglichen. Spanien, Italien und Irland liefern mittlerweile sogar mehr ins Ausland als sie importieren. Die Lohnstückkosten in Griechenland, Irland und Spanien sind gesunken und die preisliche Wettbewerbsposition entsprechend gestiegen, in Portugal sind sie seit 2008 nur um zwei Prozent gestiegen, in Italien um zehn Prozent und in Frankreich um zwölf Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind die Lohnstückkosten seit 2008 um 18 Prozent gestiegen.

Damit hat sich die Eurozone erst einmal aus dem Größten herausgearbeitet. Doch es besteht die Gefahr, die Erholung nunmehr als Selbstläufer anzusehen. Portugal hat einige Reformmaßnahmen wieder rückgängig gemacht, die die Wirtschaft spürbar entlastet hatten und damit positiv zur Leistungsfähigkeit beigetragen haben. Dazu zählt z. B. die Wiedereinführung von vier Feiertagen. Noch immer gelingt es trotz niedriger Zinsen nicht, die ohnehin schon flexiblen Regeln des Stabilitätspakts einzuhalten – gleiches gilt für Spanien. Zur sich damit wieder verschlechternden Verschuldungssituation kommen für Staaten in Europa die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise und den Brexit. Derzeit werden diese und andere Belastungen noch vom günstigen Öl, dem relativ schwachen Euro und den niedrigen Zinsen aufgefangen. Diese Sonderfaktoren wirken 2017 allerdings nicht mehr so stark. Das Wachstumstempo in der Eurozone von 1,5 Prozent im Jahr 2016 dürfte 2017 daher kaum zu halten sein.

Der Euro-Reform-Monitor zeigt, welche Länder welche Schritte unternommen haben und planen sowie die wichtigsten Ergebnisse. Der DIHK hat die Übersicht mit Unterstützung der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) zusammengestellt.



# Italien

## 1. Zusammenfassung:

- Rezession allmählich überwunden, Arbeitslosigkeit geht langsam zurück
- umfassende Reformvorhaben für 2016 und 2017: Verfassungsreform, Justizreform und Reform der öffentlichen Verwaltung
- positive Bilanz nach umfangreicher Arbeitsmarktreform (auf Grundlage des Rahmengesetzes „Jobs Act“)
- Renteneintrittsalter gekoppelt an Lebenserwartung: 66 Jahre und 7 Monate bei Männern, 65/66 Jahre bei Frauen (schrittweise Anhebung bis zur Gleichstellung bis 2018)
- Erhöhung der Mehrwert- und Mineralölsteuer, Senkung der Einkommensteuer für Geringverdiener sowie regionale Unternehmenssteuer

## 2. Bisheriges Ergebnis:

### Wachstum

- 2015: +0,8 %; zugleich +0,8 % ggü. Tiefststand (2014); -8,3 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2007)
- Prognose IWF 2016 +1,0 %, 2017 +1,2 %

### Außenhandel

- Export 2015: +4,3 % ggü. Vorjahr; +30,2 % ggü. 2009
- Import 2015: +6,0 % ggü. Vorjahr; +10,9 % ggü. 2009
- Leistungsbilanz: +2,1 % des BIP, 2008: -2,9 %

### Arbeitsmarkt

- Erwerbstätigkeit: 2015 +0,6 %; +0,7 % ggü. Tiefststand (2013), -3,4 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2008)
- Arbeitslosenquote 2015: 11,9 %; Höchststand: 2014 12,7 %, Tiefststand: 2007 6,1 %
- Lohnstückkosten +10 % seit 2008

### Staatsfinanzen

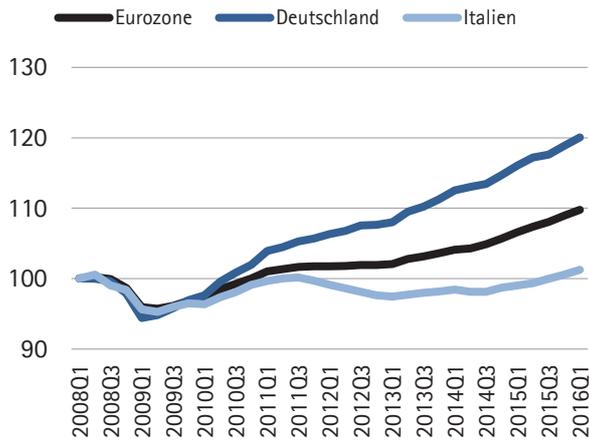
- Schuldenstand 2015: 132,7 % des BIP (Höchststand), Tiefststand: 2007 99,8 %
- Haushaltsdefizit 2015: -2,6 %; 2009: -5,3 %
- Ausgaben 2015: 825 Mrd. Euro; 2010: 800 Mrd. Euro
- Einnahmen 2015: 782 Mrd. Euro; 2010: 732 Mrd. Euro

### Weitere Indikatoren

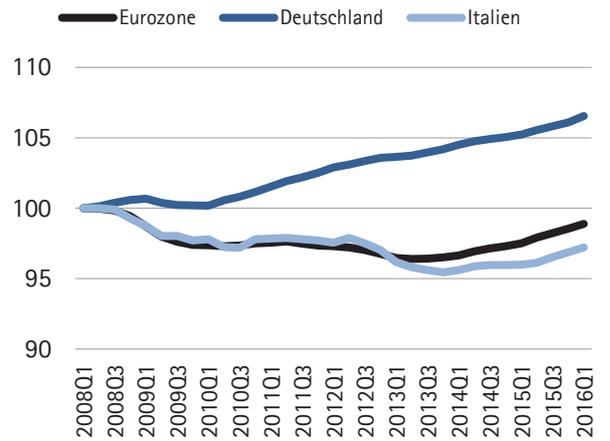
- „Doing Business Ranking“ der Weltbank: 45., 2009: 65.
- „Global Competitiveness Index“ des Weltwirtschaftsforums: 43., 2009/2010: 48.
- Industrieanteil 2015: 18,8 %, 2009: 18,3 %

Quelle: Eurostat, IMF, eigene Berechnungen

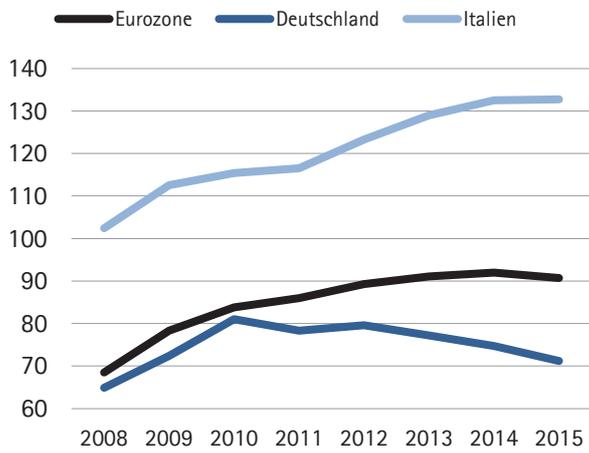
### BIP-Entwicklung (2008=100)



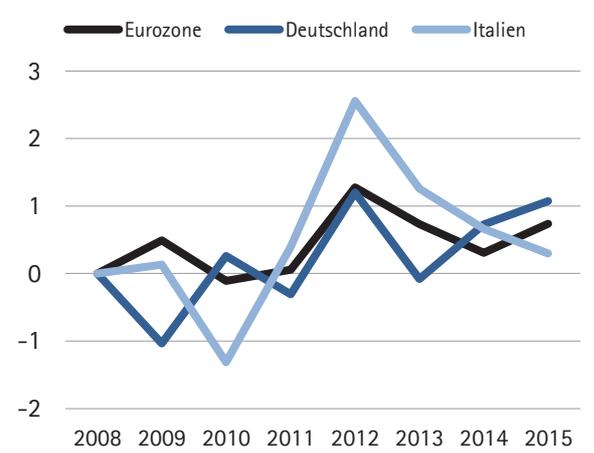
### Erwerbstätige (2008=100)



### Staatsverschuldung (in % des BIP)



### Außenbeitrag (in % des BIP; 2008=0)



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

## 3. Maßnahmen:

### Wichtigste Reformvorhaben 2016/2017

Der Erfolg der Regierung Renzi bei weiteren Modernisierungs- und Reformvorhaben hängt von der geplanten Verfassungsänderung ab. Nach erfolgreichen Abstimmungen im Parlament und Senat steht im November 2016 ein Referendum an, um das existierende Doppelkammer-System zu verschlanken bzw. die Kompetenzen des Senats zu beschneiden. Das Politikmachen in Italien ist durch das existierende Doppelkammersystem vor allem wegen einer möglichen Blockade, die aus wechselnden Mehrheitsverhältnissen in den beiden Kammern resultiert, taktisch geprägt. Mit der anstehenden Reform könnten diese Strukturen aufgebrochen und ein programmatisch geleitetes Regieren erleichtert werden.

#### 1. Verfassungsreform

Verfassungsreform, insbes. Reduzierung der Überschneidungen und Verfahrensvereinfachung und Referendum zur Abschaffung des „perfekten Zweikammersystems“, Reduzierung der Senatoren auf 100 (von 315), Abschaffung des nationalen Rates für „Wirtschaft und Arbeit“ (Consiglio nazionale per l'economia e il lavoro)

#### 2. Justizreform

Reformen in der Justiz (schnellere und günstigere Gerichtsverfahren u.a. durch Digitalisierung) und Bildungssystem (z.B. Förderung des Systems der beruflichen Fachausbildung)

#### 3. Reform der öffentlichen Verwaltung

Inkrafttreten einer Reform der öffentlichen Verwaltung am 20.1.2016

Wesentliche Punkte:

- a. Suspendierung von Mitarbeitern, die abstempeln, sich dann aber nicht auf Arbeit präsentieren innerhalb von 48 Std.
- b. Kürzung der Anzahl der Firmen mit staatlichen Beteiligungen (von 8000 auf 1000) und Handelskammern (von 105 auf 60)
- c. Deckelung von Managementgehältern in der öffentlichen Verwaltung
- d. Integration der „Corpo Forestale dello Stato“ (staatliche Forstpolizei) in die „Arma dei Carabinieri“ (Gendarmerie)
- e. Rationalisierung der Funktionen der italienischen Streitkräfte
- f. Reduzierung der Zeiten für Prozeduren der Verwaltung um 50 %
- g. Digitalisierung: elektronischer Pin für jeden Bürger zur Vereinfachung der Bürokratie
- h. Erhöhung der Transparenz der Kosten und Möglichkeit des Einblicks in öffentliche Dokumente

### 3.1 Haushaltskonsolidierung

- Verfassungsänderung für ausgeglichene Haushalte (Schuldenbremse mit Verfassungsrang 2012 in Kraft getreten, Anwendung seit 2014)
- Sparpaket mit Volumen 26 Mrd. Euro (Kostenreduzierungen 4,5 Mrd. Euro 2012; 10,5 Mrd. Euro 2013; 11 Mrd. Euro; 12 Mrd. Euro 2014)

## Ausgaben:

### Öffentlicher Dienst

- Neuorganisation der Provinzen; Kürzungen bei Zentral- und Lokalregierungen, weitere Einsparungen bei Verwaltung insb. Kürzungen in Ministerien und in Finanzierungen für Auslandsentsätze, Deckelung von Managergehältern im öffentlichen Sektor (4,5 Mrd. Euro), Justizreform
- Personalabbau im öffentlichen Dienst (jede fünfte Leitungsstelle und jede zehnte in den unteren Gehaltsgruppen), u.a. durch frühzeitige Pensionierungen; Einfrieren von Gehältern im öffentlichen Dienst
- Kürzungen bei Urlaubstagen und -geld sowie bei Essensgutscheinen im öffentlichen Dienst (soll 7 Mrd. Euro bringen), Urlaub wird nur noch in Tagen und nicht mehr in Stunden berechnet. Aufrechterhaltung der Begrenzung der Dienstwagen und Immobilien (weder Leasing/Anmietung noch Kauf), Verkauf von Dienstwagen im öffentlichen Sektor (minus 50 % als bisher)
- Begrenzung von Beratungskosten im öffentlichen Dienst
- Kürzungen bei Zivilgerichten
- geplant: Weitere Pensionierungen im öffentlichen Dienst

### Sozialsystem

- Anpassung des Renteneintrittsalters an Lebenserwartung: Rente mit 66 Jahren und 7 Monaten für Männer. Signifikante Anhebung des Alters für Frauen: 66 Jahre und 7 Monate für Angestellte des öffentlichen Dienstes, 65 Jahre und 7 Monate für Angestellte im privaten Sektor, 66 Jahre und 1 Monat für Freiberuflerinnen
- Wegfall Inflationsanpassung von Renten, Änderung der Berechnungsgrundlage von letztem Gehalt hin zu gezahlten Beiträgen (Rentenkürzung)
- Einschränkung der Frühverrentung; Anstieg des Alters für die Frührente: bei Männern nach 42 Jahren und 10 Monaten der Beitragszahlungen, bei Frauen nach 41 Jahren und 10 Monaten der Beitragszahlungen (Abschaffung der finanziellen Nachteile für diejenigen, die frühzeitig in Rente gehen)

### Sonstiges

- Reform der Parteienfinanzierung
- Erweiterung des „Einkommensteuerbonus“
- geplant: Reform des Immobilienmarktes, des Wahlrechts und der Zuwanderung, Ausweitung der Arbeitslosenversicherungsspflicht

## Einnahmen:

### Einführung neuer Steuern/Abgaben

- Luxussteuer auf Privatflugzeuge und hubraumschwere Autos; Abschaffung der Luxussteuer auf Yachten; 3 % „Solidaritätsabgabe“ bei Einkommen über 300.000 Euro bis Ende 2016
- Finanztransaktionssteuer (zum 1.3.2013); Erhöhung seit 2014; 2016 voraussichtlich 0,2 % des Transaktionswertes Steuer auf Immobilien und Finanzanlagen im Ausland
- „Service-Steuer“ (TASI) auf gemeinnützige Dienste wie öffentliche Beleuchtung, Instandhaltung von Straßen etc.

### Anpassung von Steuern/Abgaben

- Evtl. Erhöhung der MwSt. (nur im Fall, dass Italien seine Verschuldung nicht anderweitig reduzieren kann) von 22 auf 24 % ab 2017, weitere Erhöhung 2018 auf 25 % (ermäßigter Satz: von 10 auf 13 % 2017)
- Abschaffung der Steuer für die erste Eigentumswohnung/Eigentumshaus (*TASI prima casa*), vorausgesetzt der Eigentümer hat festen Wohnsitz dort (ausgeschlossen hiervon sind Luxusimmobilien)
- Senkung der Steuerabgabe für Vermieter

- Abschaffung von Steuererleichterungen (insb. im Energie- und Erdbebensicherheitssektor), Bekämpfung der Steuerflucht (Erhöhung der Obergrenze für Bartransaktionen von 1.000 auf 3.000 Euro; Verabschiedung eines Steuerabkommens mit der Schweiz)
- Senkung Einkommensteuer für Geringverdiener (6,7 Mrd. Euro 2014) und regionale Unternehmensteuer von 3,9 auf 3,5 % (700 Mio. Euro 2014), gegenfinanziert z. T. durch Erhöhung Quellensteuer auf Finanzerträge (ohne Erträge aus Staatsanleihen) von 20 auf 26 % (2014: 600 Mio. Euro) und bestimmter Kapitalerträge von Banken
- geplant: Erhöhung Mineralölsteuer

#### Privatisierung

- Verkauf staatlicher Immobilien (im Wert von 525 Mio. Euro 2013; zwischen 2014 und 2016 waren Verkäufe im Wert von 2,7 Mrd. Euro geplant, jedoch bislang wurde noch nicht alle Verkäufe durchgeführt)
- Teilprivatisierung von staatlichen Unternehmen: Privatisierung begann 2014 mit Anteilen von Staatsunternehmen im Schiffbau, Erdgas-/Stromnetz, Infrastruktur/Anlagen zur Fernsehübertragung; 2015 Teilprivatisierung der italienischen Post und Ausgabe von Aktien des Stromunternehmens ENEL; 2016 Teilprivatisierung der Retail-Sparte von Grande Stazioni (Verkaufsflächen in Bahnhöfen).
- Geplant: Teilprivatisierung der Flugsicherung und der italienischen Staatsbahn (letztere 2017). Außerdem Verkauf von staatlichen Anteilen an Halbleiterhersteller STMicroelectronics, am italienischen Investitionsfonds Fondo Italiano d'Investimento und am Kreditversicherungsunternehmen Sace.
- insgesamt sollen mit den bereits begonnenen und geplanten Privatisierungen 8-9 Mrd. Euro Erlöst werden

#### Sonstiges

- Reform der steuerverwaltungsrechtlichen Sanktionen
- Handwerksrechnungen steuerlich absetzbar zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

## 3.2 Wettbewerbsfähigkeit

### Arbeitsmarkt

- Erleichterung bei Zeitverträgen seit 2015 (5 Verlängerungen, max. 36 Monate; zuvor: 1, max. 12 Monate), allerdings begrenzt auf 20 % aller Arbeitsverträge eines Unternehmens
- Erleichterungen bei der Berufsausbildung, insbes. bei der Übernahme
- etwas leichtere Kündigungsmöglichkeiten für Festangestellte im privaten Sektor (auch für längerfristig bestehende Arbeitsverhältnisse, Abfindungsregeln statt „Zurückklagen“, Bemessen der Abfindungshöhe an der Dauer der Betriebszugehörigkeit, Begrenzung der Entschädigung auf max. 24 Monatsgehälter für leitende Angestellte, verkürzte Kündigungsschutzklageverfahren), Einführung eines neuen Vertragstyps mit progressiven Schutzmechanismen (contratto a tutele crescenti)
- Beitragsbefreiung für Arbeitgeber hinsichtlich der Neuestellten auf unbestimmte Zeit, Reduzierung des Beitrags i. H. v. 40 % für Unternehmen, die Arbeitnehmer auf unbestimmte Zeit einstellen (maximale Befreiung im Jahr 2016 3.250 Euro), d.h. Reduzierung der Vorteile für die Unternehmen ggü. Vorjahr; Flexibilisierung der zumeist zentral geregelten Arbeitsverträge
- Arbeitgeber und Gewerkschaften einigen sich auf Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, Aufhebung der Inflationsbindung
- Lohnsubventionen für unbefristete Beschäftigung junger Menschen
- Neuerungen im Bereich Arbeitslosenunterstützung durch Einführung des NASPI (degressive Unterhaltsbeihilfe für maximal 24 Monate)
- Neues Abfindungssystem (staatlich garantierter Kredit bis zum Renteneintritt für Auszahlung bereits zum Kündigungszeitpunkt)

- Einführung von dualen Ausbildungsprogrammen nach deutschem und österreichischem Vorbild: das italienische Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik sieht vor, in den nächsten zwei Jahren ca. 60.000 junge Italiener in entsprechenden Programmen unterzubringen

#### **Öffnung/Liberalisierung von Märkten für Waren und Dienstleistungen**

- Rechtliche Stärkung der Wettbewerbsbehörde
- Einschränkung der im Jahre 2012 eingeführten Liberalisierung im Handel (längere Öffnungszeiten) bei kommunalen und freiberuflichen Dienstleistungen; weniger Exklusivrechte, Möglichkeit zum Abweichen von den Mindestgebühren für bestimmte Berufe
- Liberalisierung im Postwesen (Trennung Postbank von herkömmlichen Postdienstleistungen), im Energie-sektor und beim Eisenbahnverkehr, des Arzneimittelhandels, im Tankstellenbereich

#### **Verfahren/Verwaltung**

- Digitalisierung des Katasterwesens zur Erleichterung von Eigentumsübertragungen
- Erleichterungen im Verhältnis zu Steuerbehörden (durch vorgefertigte Steuererklärung, elektronische Fakturierung gegenüber öffentlicher Verwaltung)
- Lockerung des nationalen Stabilitätspakts zur Begrenzung der kommunalen Schulden, Kommunen sollen insb. in Schulen, Bürgersteige und Straßen investieren
- schnellere Auszahlung von Zahlungsrückständen bei Unternehmen; Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung des staatlichen Zahlungsverzuges, insb. für Lieferungen bis 31.12.2015; Pflicht des Staates zu Anzahlung bei Auftragsvergabe von 10 % auf Werklohn

#### **Unternehmensförderung, Bildung**

- Startup innovative: Dekret „Crescita 2.0“ als bürokratischer Rahmen für Startups: vereinfachte Verwaltung, Arbeitsmarkt, Steuererleichterungen, Konkursrecht
- Befreiung Kleinunternehmer und Freiberufler von Gewerbesteuer (ab Steuerjahr 2014)
- Krediterleichterungen für KMU; Garantiefond für KMU 2014–2016: 1,6 Mrd. Euro
- erhöhte Gewerbesteuerabzüge auf Personalkosten (ab Steuerjahr 2014)
- Investitionen in Infrastruktur: insb. in hydraulische Anlagen, Straßennetzausbau (Piano Pluriennale Anas 2015–2019, der eine Investition i. H. v. 20,2 Mio. Euro in fünf Jahren für das Straßennetz vorsieht) und Schienennetz (Regelung über Contratto di programma delle Ferrovie dello Stato)
- Investitionen in Schulen und Universitäten (ca. 480 Mio. Euro im Jahr 2016 für Sanierung)
- „Einkommensteuerbonus“ (Bonus IRPEF) in Höhe von 80 Euro/Monat auf Bruttogehalt bei einem Gesamtjahreseinkommen von 8.000 bis 26.000 Euro (für private und öffentliche Angestellte)
- Möglichkeit, unterwöchige zivile Feiertage auf Freitag, Montag oder Sonntag zu verlegen, um Brückentage zu vermeiden
- Vereinfachungen im Bauwesen durch neue Gesetzgebung
- Deregulierung im Leasing zu Gewerbezwecken von großen Bauwerken
- Steuersenkung für Unternehmen (6,5 Mrd. Euro) durch Nichtberücksichtigung der Arbeitskosten mit zeitlich unbegrenztem Arbeitsvertrag, für freiberufliche Tätigkeiten und für Privathaushalte mit geringem Einkommen (10 Mrd. Euro), Befreiung unbefristeter Einstellungsverträge von Sozialbeiträgen für 3 Jahre (2 Mrd. Euro)
- geplant: Senkung der Körperschaftssteuer (IRES) 2017, aber zugleich Erhöhung der Steuer für Finanzinstitute
- geplant: zusätzliche Bildungsinvestitionen (3,5 Mrd. Euro für Schulen)
- Investitionsprogramm für Telekommunikationsnetze (Steuer Guthaben bei Investitionen im Bereich Ultra-Breitband), für Sanierung von Schulen, Giftdeponien und von Industriebrachen, Einstellung zusätzlicher Lehrer